

März 2012

Gefährliche staatliche Medienförderung

Mit 88:77 Stimmen hat der Nationalrat in der Frühlingssession einem Vorstoss für umfassende staatliche Medienförderung zugestimmt. Die Abhängigkeit der Medien vom Staat würde so weiter verstärkt. Der Wettbewerb hingegen ginge zusehends verloren.

von Nationalrätin Natalie Rickli, Vizepräsidentin Aktion Medienfreiheit

Das Medienangebot in der Schweiz wird immer breiter: Nebst Zeitungen, Radio und Fernsehen gibt es heute zahlreiche Onlineangebote mit ständig aktuellen Informationen. Doch trotz dieser rasanten technischen Entwicklung steht das Thema Medienförderung immer wieder auf der Traktandenliste des Parlaments. Die Entwicklungen sind unerfreulich: Der unternehmerische Freiraum wird immer kleiner, während staatliche Geldflüsse zunehmen und immer mehr Verbote die schweizerische Medienlandschaft prägen.

Zunehmende Staatseingriffe

Die Konsumenten wünschen sich ein möglichst vielfältiges Medienangebot. Stattdessen treffen sie oft nur auf einen Einheitsbrei. Ein Grund dafür sind unvorteilhafte Rahmenbedingungen und der fehlende Wettbewerb. Gleichzeitig nehmen die Staatsinterventionen zu.

Bereits heute bestehen zahlreiche staatliche Massnahmen zur Medienförderung. Die eingesetzten Mittel sind umfangreich. Allerdings kennt die Schweiz bislang nur die indirekte Presseförderung (und keine direkte Medienförderung). Die Zeitungen profitieren nicht nur von einem reduzierten Mehrwertsteuer-Satz, sondern auch von Vorzugstarifen bei der Post sowie verschiedenen Werbebeschränkungen für Radio und Fernsehen, welche zur Unterstützung der Printmedien erlassen worden sind.

Noch weiter geht die Förderung bei den elektronischen Medien: Neben tieferen Mehrwertsteuern profitieren diese von staatlichen Zwangsgebühren im Umfang von über einer Milliarde Franken. Den grössten Teil der Gebühren überweist die Billag direkt an die SRG; im Jahr 2010 waren es 1,169 Mia. Franken. Gerade einmal 50 Mio. Franken gehen an private Veranstalter. Die Folge ist

klar: Auch die Privaten wehren sich heute vehement gegen Gebührensenkungen. Eine Senkung der Zwangsgebühren hätte auch für die privaten Sender weniger Mittel zur Folge. Ein Teufelskreis.

Währenddessen regeln die Behörden alles bis ins Detail: die Vergabe der Konzessionen an Radio- und Fernsehsender, das Sendegebiet sowie den Programmauftrag. Dafür gibt es zwar eine Entschädigung aus den Gebührenerträgen, aber auch eine staatliche Kontrolle. Mit freiheitlichen Rahmenbedingungen hat dies wenig zu tun: Die Verhältnisse erinnern eher an die alten kommunistischen Staaten zur Sowjetzeit.

Nein zu neuen Fördermassnahmen

Es wäre verfehlt, die staatlichen Fördermassnahmen weiter auszubauen. Damit würde einzig die Abhängigkeit der Medien vom Staat weiter verstärkt. Doch der Glaube an das staatliche Wirken scheint unerschütterlich: In Bundesbern diskutiert man derzeit auch darüber, die Arbeitsbedingungen der Journalisten zu verbessern – durch staatliche Massnahmen selbstverständlich. Dazu gehört auch die Regelung und Förderung der Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden. Auch dies ist keine Staatsaufgabe, sondern soll von den einzelnen Medien und den dafür zuständigen privaten Institutionen wahrgenommen werden.

Leider folgte die Mehrheit der Parlamentarier nicht der Empfehlung des Bundesrates, welcher die besagte Motion ablehnte. Im Nationalrat haben einzig die SVP sowie eine Mehrheit der FDP eine ablehnende Haltung vertreten. Nun liegt der Ball beim Ständerat. Hoffen wir, dass die Kleine Kammer im Sinne des Wettbewerbs entscheidet und der staatlichen Medienkontrolle nicht weiteren Vorschub leistet.

Editorial



Der Nationalrat hat in der Frühlingssession eine Motion zur direkten und indirekten Presseförderung und Qualitätsprüfung beschlossen. Ein Sündenfall, denn die direkte Presseförderung ist staatspolitisch falsch und politisch eine Schnapsidee. Es ist schlimm, wenn der Staat versucht, die Medien zu überprüfen oder zu kontrollieren, auch unter dem Deckmantel der Qualitätsprüfung: Denn die Medien müssen den Staat kontrollieren, nicht umgekehrt. Deshalb müssen sie unabhängig bleiben. Nur Diktaturen kontrollieren ihre Medien. Es erstaunt mich, dass Journalisten sich nicht für ihre Unabhängigkeit zur Wehr setzen. Viele Journalisten sind eben doch Anhänger eines etatistischen Gedankenguts und arbeiten am Ende ihrer Journalistenkarriere lieber beim Staat als Pressesprecher eines Bundesamtes.

Presseförderung und staatliche Qualitätskontrolle führen zur direkten Abhängigkeit der Medien von Staat und Politik. Es gibt bei den elektronischen Medien schon genügend Beispiele dafür. So hat zum Beispiel der frühere Medienminister bei der Vergabe der TV- und Radiokonzessionen einzelne Medienunternehmen unter Druck gesetzt und regelrecht domestiziert. Eine ähnliche Entwicklung wäre zu befürchten, wenn auch Print- und Online-medien am staatlichen Tropf hängen. Die Verlagerung der Pressennutzung zugunsten des Onlinekonsums ist auch mit massiven Subventionen nicht aufzuhalten. Das ist auch kein Problem: Online- und soziale Medien bieten ebenfalls Qualität und tragen zur Medienvielfalt bei – dazu brauchen wir keine staatlichen Förderungsprogramme.

Filippo Leutenegger, Nationalrat
Präsident Aktion Medienfreiheit

Nutzungsforschung nun auch für Internet möglich

Nutzungsforschung und Hörerzählerhebung sind für die Radiostationen von erheblicher Bedeutung. Die daraus erhaltenen Daten dienen den Sendern als Währung für den Verkauf von Werbesekunden – je nach Anzahl Zuhörer bzw. Zuschauer. Die bisherige Methodik zur Erhebung dieser Werte brachte Nachteile für kleinere und private Sender. Dies soll nun behoben werden: Ab diesem Sommer ist auch die Erhebung der Internetnutzung möglich.

von Nationalrat Thomas Müller, Vorstand Aktion Medienfreiheit

Im Dezember 2010 habe ich dem Bundesrat im Rahmen einer Interpellation verschiedene Fragen zur Hörerzählerhebung gestellt. Diese Erhebungen sind vor allem für private Sender von grosser Bedeutung. Haupteinnahmequelle der privaten Stationen sind die Werbeeinnahmen. Und Werbung lässt sich nur verkaufen, wenn man bestimmte Hörerzahlen bzw. eine bestimmte Reichweite ausweisen kann. Dies wiederum bedingt zuverlässige Daten aus der Nutzungsforschung.

Private Anbieter haben es in der schweizerischen Medienlandschaft schwer. Gegenüber den SRG-Sendern sind sie in verschiedenen Belangen benachteiligt: Sie können nicht auf Zwangsgebühren zählen, sie haben Einschränkungen punkto Sendegebiet zu gewärtigen und zudem diverse Werbeeinschränkungen und -verbote zu beachten. Umso wichtiger sind zuverlässige Grundlagen und Zahlen im Bereich der Nutzungsforschung.

Dieser Bereich obliegt gemäss Radio- und Fernsehgesetz der Stiftung Mediapulse, welche für die Erhebung wissenschaftlicher Daten zur Radio- und Fernsehnutzung in der Schweiz zuständig ist. Die ermittelten Nutzungsdaten sollen «als Referenz bzw. Währung gelten» (Geschäftsbericht Mediapulse 2009). Nach den von Mediapulse gemessenen Hörer- resp. Zuschauerzahlen können die Radio- und Fernsehsender ihre

Werbefenster an die Kunden verkaufen. Je mehr Hörer oder Zuschauer, desto teurer die Werbesekunde und desto mehr Einnahmen.

Da das Verfahren für die Messung mittels Stichproben erfolgt, profitieren grosse Stationen – also die SRG-Sender – von dieser Art der Messung, während Sparten- und Jugendsender eher das Nachsehen haben. Kommt hinzu, dass bei Sendern, die sich an ein jüngeres Publikum richten, der Internetkonsum ein wirtschaftlich relevanter Faktor ist. Die Erhebung der Hörerzahlen im Internet aber war mit den bisherigen Messverfahren nicht möglich.

Dies soll nun ändern: Ab diesem Sommer soll es auch möglich sein, Nutzungsforschung im Internet zu betreiben. Im Bereich DAB+ ist dies sogar heute schon möglich bzw. erste Zahlen werden schon erhoben. Es wird spannend sein, die entsprechenden Resultate auszuwerten bzw. zu sehen, ob die Radios Reichweite bzw. neue Hörer gewinnen oder ob allenfalls die Hördauer insgesamt zunimmt.

Derzeit werden zwischen den Radiostationen und Mediapulse die neuen Tarife verhandelt. Ebenso stellt sich die Frage, wie weit diese im RTVG vorgesehene Erhebung ein staatlicher Auftrag ist und durch Gebührengelder entschädigt werden soll. Die Aktion Medienfreiheit wird dieses Thema weiterhin auf dem Radar behalten und sich für eine gerechte Messung der Hörer- und Zuschauerzahlen einsetzen.



Studio von Radio 105

Kampagnenfinanzierung auf dem Prüfstand

Parteien und Abstimmungskomitees finanzieren sich in der Schweiz selbständig und ausschliesslich mit privaten Geldern. So entspricht es dem Selbstverständnis unseres Landes: Politisches Engagement ist eine Privatsache und keine Staatsangelegenheit. Seit Jahren kämpfen die linken Parteien für eine staatliche Parteienfinanzierung. Zu Unrecht, wie verschiedene Studien zeigen.

von Gregor Rutz, Kantonsrat, Vorstandsmitglied Aktion Medienfreiheit

«Wer mehr Geld hat, ist in der Demokratie bevorteilt», heisst es immer wieder von linker Seite. Dass die Welt nicht ganz so einfach ist, zeigen nun verschiedene Studien. Eine dieser Studien hat die «Aktion Medienfreiheit» in Auftrag gegeben.

Gutachten zur Waffeninitiative

Um die Berichterstattung zur Waffeninitiative analysieren zu können, haben zwei Medienagenturen die Medien in der Deutsch- und Westschweiz unter die Lupe genommen. Auf den ersten Blick hatte man einen ausgeglichenen Eindruck: Während NZZ oder Weltwoche eher Artikel mit einer kritischen Haltung zur Initiative veröffentlichten, fand die Leserschaft im Tages-Anzeiger eher Pro-Artikel. Unter dem Strich war aber ein deutliches Übergewicht von Pro-Berichten festzustellen.

Um den Kampagnenwert der besagten Berichterstattung feststellen zu können, haben die Medienagenturen die Berichtformate in Zeitungen, Radio- und TV-Sendungen in Kosten umgelegt. Bei Zeitungen wurde mit Inseratpreisen gerechnet, bei Radio und TV mit den üblichen Sekunden- bzw. Minutenpreisen für die Primetime. Dies ergab unter dem Strich ein totales Werbevolumen von 4,7 Mio. Franken.

Die Resultate sind erstaunlich: Die Pro-Seite hatte einen effektiven Werbedruck (Bruttoreichweite innerhalb Zielgruppe) von 5,1 Mio. Franken, während die Kontra-Seite einen effektiven Werbedruck von lediglich 3,8 Mio. Franken hatte. Blickt man lediglich auf die faktisch bezahlten Werbemassnahmen, so standen den Befürwortern 187'000 Franken zur Verfügung, während die Initiativgegner Mittel im Umfang von 1,76 Mio. Franken investieren konnten. Die einseitige Berichterstattung der Medien führte aber zu einem deutlichen Vorteil der Initiativbefürworter.

EJPD-Studie zur Kampagnenfinanzierung

Auch die Studie über Abstimmungs- und Wahlwerbung in der Schweiz des Politologen Michael Hermann ist aufschlussreich. Er zeigte auf, dass der SVP (gemäss seinen Berechnungen) bei Wahlen mehr Geld

zur Verfügung stehe als etwa der FDP oder der CVP. Gleichzeitig weist er aber darauf hin, dass die Mitteparteien bei Sachabstimmungen regelmässig davon profitieren, dass sich die Wirtschaftsverbände in ihrem Sinne engagieren. Unter dem Strich also eine ausgeglichene Situation.

Im Wahlkampf haben die Grünliberalen gemäss Studie pro Sitz klar am wenigsten Werbegeld ausgegeben – deutlich weniger als etwa SP oder Grüne. Und trotzdem hat die Grünliberale Partei zahlreiche Sitze hinzugewonnen. Am Geld kann es nicht gelegen haben.

Das ist denn auch die Schlussfolgerung Hermanns: Betrachte man die Relationen zwischen Finanzmittel und Erfolg, zeige sich, «dass der Einfluss des Geldes auf die politischen Entscheide nicht überschätzt werden sollte».

Parteienfinanzierung: Unnötig und falsch

Die beiden Untersuchungen zeigen: Geld ist zwar ein Faktor, aber nur einer unter vielen. Wer gute Argumente hat, kann auch ohne Geld überzeugen, und wer inhaltlich schlecht aufgestellt ist, kann dies auch mit Geld kaum übertünchen. Eine entscheidende Rolle kommt zudem den Medien zu. Und genau hier – wo der Staat bereits Einfluss nimmt – müsste die Politik einmal genau hinschauen. Nicht um Einfluss zu nehmen, sondern um endlich wieder mehr Wettbewerb herzustellen.



Parlamentarische Vorstösse

- **12.5086 (Frage)** Keine doppelte Erhebung von Gebühren durch die Billag (Natalie Rickli)
- **11.5519 (Frage)** Üppiges Abschiedsfest des SRG-Präsidenten (Natalie Rickli)
- **11.4179 (Motion)** Ertragsüberschüsse aus Haushaltabgabe den Gebührenzahlern zurückgeben (Filippo Leutenegger)

Das SRG-Monopol und die Medienfreiheit

Ein Gespräch des Liberalen Instituts am 31. Oktober 2011 in Zürich befasste sich mit dem zwangsfinanzierten Medienangebot.

von Pierre Bessard, Vorstand Aktion Medienfreiheit

Der Philosoph Ludwig Hasler mass die SRG an einer theoretischen Rechtfertigung für ein Gebührenfernsehen. Er führte aus, dass der Mensch dazu neige, sich gerne unter Gleichgesinnten zu bewegen und sich im eigenen Meinungsfeld bequem einzurichten. Auch ein freier Medienmarkt beinhalte die Gefahr, dass sich einzelne gesellschaftliche Gruppen isolieren, um so der «ungeliebten Zerstückelung der eigenen Meinung» zu entgehen. Die einzige Rechtfertigung für ein Fernsehangebot im Rahmen des «Service public» wäre somit ein Programm, in dem sich die Meinungen kontrovers aneinander reiben, ein «Stresstest der Meinungen» stattfindet. Eine liberale Gesellschaft verlange nach «Selbstgespräch» im Rahmen der Öffentlichkeit. Nur auf dieser Grundlage könne die notwendige gesellschaftliche Verbindlichkeit hergestellt werden. Diesem Anspruch genüge die SRG jedoch nicht. Insbesondere auf dem Gebiet der politischen Diskussion versage sie. Eine SRG, die ihre Kernaufgabe nicht einmal er-

fülle, sei nicht mehr als ein Ärgernis und eine Wettbewerbsverzerrung im Medienmarkt – eine Verzerrung wohlgemerkt, welche zur Verdrängung privater Anbieter führe.

Nationalrat Filippo Leutenegger analysierte die politischen Faktoren, welche zur Vormachtstellung der SRG geführt haben. Ihre Wurzeln lägen in der Zeit der Weltkriege, als mit dem Sender «Beromünster» ein öffentlicher Sender als Gegengewicht zur allseitigen Propaganda entstanden sei. Danach seien immer mehr regionale Sender entstanden, um allen Sprachregionen Zugang zu diesem «Service public» zu geben. Diese Funktion sei politisch weiterhin weitgehend unbestritten. Ein derart mächtiges Konstrukt wie die SRG hätte als wichtigsten Auftrag, staatliche Aktivitäten kritisch zu hinterfragen. Dies könne ihr aber nicht gelingen, wenn sie finanziell vom Staat abhängig sei. Diese Abhängigkeit sei im Jahr 2004 mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) noch verstärkt wor-

den. Seither seien auch private Sender verpflichtet, Konzessionen einzuholen. Manche private Verleger hätten diese Entwicklung begrüsst, da sie auch neue Möglichkeiten beinhaltete, an staatliche Gelder zu gelangen. Ein weiteres Problem ist, dass es heute kaum noch eine politische Vielfalt gebe und die Redaktionen mit einigen Ausnahmen beliebig austauschbar seien. Es existiere ein Milieu von links geprägten Journalisten, die das Publikum völlig aus den Augen verloren haben.

In der abschliessenden Diskussion stellten die Referenten eine Diskrepanz fest zwischen der technologischen Entwicklung, welche die SRG eigentlich obsolet machen würde, und den politischen Realitäten. Trotz einer Sympathie beider Referenten für den Vorschlag, die SRG abzuschaffen, sei dies politisch noch nicht mehrheitsfähig. Die Diskussion endete mit einem Appell von Filippo Leutenegger an die Verleger und Journalisten ausserhalb der SRG, ihre Verantwortung wieder ernst zu nehmen und wieder staatskritisch zu werden.



Werden Sie Mitglied der Aktion Medienfreiheit

Die Aktion Medienfreiheit ist auf Ihre Unterstützung angewiesen. Werden Sie Mitglied oder Gönner.

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Einzelmitglied (Jahresbeitrag CHF 50.–) | <input type="checkbox"/> Firmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern (CHF 500.–) |
| <input type="checkbox"/> Firmen mit 1 bis 9 Mitarbeitern (CHF 200.–) | <input type="checkbox"/> Firmen ab 50 Mitarbeiter (CHF 1000.–) |
| <input type="checkbox"/> Gönner (ab CHF 1000.–) | |

Name/Ansprechperson: _____

Firma: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Senden Sie diesen Talon via **Fax** an 043 500 40 59, via **Post** an Aktion Medienfreiheit, Rötelstrasse 84, 8057 Zürich, oder melden Sie sich jetzt gleich im Internet an unter www.medienfreiheit.ch

IMPRESSUM

Aktion Medienfreiheit
Rötelstrasse 84
8057 Zürich
info@medienfreiheit.ch
www.medienfreiheit.ch